

Lüthje, Bernd

Article — Digitized Version

Wissenschaftspolitik: wichtige Aufgabe des neuen Bundestages

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Lüthje, Bernd (1969) : Wissenschaftspolitik: wichtige Aufgabe des neuen Bundestages, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 49, Iss. 10, pp. 589-591

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/134028>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Wissenschaftspolitik wichtige Aufgabe des neuen Bundestages

Bernd Lühje, Bonn

Der neue Bundestag und mit ihm die neue Bundesregierung haben die Chance, die Wissenschaftspolitik aus ihrem bisherigen Schattendasein zu erlösen. Gerade in diesem Bereich könnte die grundsätzliche Kritik entkräftet werden, daß sich Regierung und Parlament nur an kurzfristigen Gruppeninteressen orientierten, nicht aber an langfristigen Zielsystemen. Der neue Wissenschaftsminister muß die demokratischen Willensträger und die Öffentlichkeit für das brennende Problem der Forschungs- und Entwicklungsmisere in der Bundesrepublik so interessieren, daß es endlich zu einer wirksamen Abhilfe kommt. Die vielen Bestandsaufnahmen und vagen Zielformulierungen sowie die vorsichtige Globalsteuerung von Gerhard Stoltenberg und seinen Amtsvorgängern müssen endlich ein Ende haben.

Mangelhaftes Zielsystem

Gerade der letzte Forschungsbericht¹⁾ hat erschreckend deutlich werden lassen, daß die Wissenschaftspolitik in der Bundesrepublik mit einem mangelhaften Zielsystem operiert²⁾. Der 280 Seiten starke Bericht enthält zwar viele Statistiken, sorgsam zusammengetragene Übersichten über einzelne Forschungsvorhaben und wertvolle Schätzungen über die gesamten Aufwendungen für die Wissenschaft in unserer Volkswirtschaft. Es fehlt aber die klare Kette zwischen Bestandsaufnahme, Zieldefinition und Ableitung der Maßnahmen.

Die Verwirrung dieses Forschungsberichtes beginnt schon bei den Definitionen. In den Begriffsbestimmungen³⁾ wird die Wissenschaft als „Forschung und Entwicklung, die dazugehörige In-

formation sowie akademische Lehre und Studienförderung“ bezeichnet. Unter Forschung versteht das Wissenschaftsministerium die „geistige Tätigkeit mit dem Ziele, in methodischer, systematischer und nachprüfbarer Weise neue Erkenntnisse zu gewinnen“. Entwicklung dagegen ist die „zweckgerichtete Auswertung und Anwendung von Forschungsergebnissen und Erfahrungen, vor allem technischer oder ökonomischer Art, um zu neuen Systemen, Verfahren, Stoffen, Gegenständen und Geräten zu gelangen (Neuentwicklung) oder um vorhandene zu verbessern (Weiterentwicklung)“. Das bedeutet aber, daß die Wissenschaftspolitik die umfassendere Politik ist und nicht die Forschungspolitik. Eine richtige Wissenschaftspolitik verhindert, daß Forschungsergebnisse im Elfenbeinturm bleiben und nicht zur Entwicklung gelangen und somit nicht verwertet werden. Trotz dieser grundlegenden Klärung steht aber die Forschungspolitik im Mittelpunkt des Interesses des Wissenschaftsministeriums. Effizienzanalysen über tatsächlich vollzogene Entwicklungen wurden kaum vorgenommen.

Grundlage für das Wirtschaftswachstum

Die gleiche Sprachverwirrung, die schließlich eine klare Politik verhindert, findet sich in der Bezeichnung des „Ministeriums für wissenschaftliche Forschung“ selbst. Seit Galilei ist Forschung wissenschaftlich. Warum gibt es nicht die klare Bezeichnung eines „Ministeriums für Wissenschaft“, die zugleich seinen Auftrag klar abgrenzt? Weiter ist zu fragen, warum im Bundestag die Wissenschaft zusammen mit Kulturpolitik und Publizistik in einem Ausschuß behandelt wird. Kulturpolitik und Publizistik sind Bereiche, die einer aktiven Wissenschaftspolitik entgegenstehen, weil sie nicht primär unter den Gesichtspunkten des wirtschaftlichen Wachstums und der gesellschaftlichen Wohlfahrtsmehrung gesehen werden können und

¹⁾ Der Bundesminister für wissenschaftliche Forschung; Bundesbericht Forschung III; Deutscher Bundestag 5. Wahlperiode, Drucksache V/4355 (12. 6. 1969).

²⁾ Forschungsbericht. Verlagt bis 1971. In: Der Volkswirt, 23. Jg., Nr. 30 vom 25. 7. 1969.

³⁾ Forschungsbericht III, S. 4 f.

dürfen. Die Wissenschaftspolitik dagegen hat ihre Legitimation dadurch, daß der Staat sich um die Aufgaben der Wissenschaftsförderung kümmern muß, wenn das Wirtschaftswachstum als Grundlage der gesellschaftlichen Entwicklung langfristig gesichert werden soll⁴⁾. Eine derartige Förderung übersteigt nämlich das Interesse und die Finanzkraft einzelner Wirtschaftsindividuen und Unternehmen.

Vielleicht ist es einseitig, Forschung und Entwicklung nur unter dem Aspekt ihrer wirtschaftlichen Verwertung zu sehen. Aber letztlich kann es sich eine Volkswirtschaft heute angesichts der zunehmenden Konkurrenz auf den Weltmärkten und der immer größer werdenden finanziellen Aufwendungen für die Einführung des technischen Fortschritts nicht leisten, Wissenschaft allein um der Wissenschaft willen zu fördern. Das wäre Glasperlenspielerei.

Verbrämtes Welfare-Ziel

Diese Problematik wird auch vom Wissenschaftsministerium erkannt. Denn das von ihm definierte Ziel der Forschungspolitik ist ein vorsichtig verbrämtes Welfare-Ziel: Ziel der Forschungspolitik der Bundesregierung ist es, „in koordiniertem und vorausschauendem Handeln das Potential an wissenschaftlichen Erkenntnissen und technischen Hilfsmitteln so zu vergrößern, daß unsere Gesellschaft in den Stand gesetzt wird, die Vielfalt der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungs- und Gestaltungsprobleme besser zu lösen und den Aufgaben in der Völkergemeinschaft gerecht zu werden⁵⁾“.

Ohne allerdings eine Untersuchung der Bereiche anzustellen, in denen eine Wissenschaftspolitik – nicht nur eine Forschungspolitik – ansetzen muß, bildet das Wissenschaftsministerium drei Schwerpunkte: „Verstärkung des Forschungspotentials auf breiter Grundlage; konzentrierte Forschung auf Gebieten, die zur Lösung bestimmter Zukunftsaufgaben und für den allgemeinen wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Leistungsstand bedeutsam sind; Förderung der internationalen Zusammenarbeit⁶⁾“. Die konzentrierte Förderung erstreckt sich dabei auf fünf Fachprogramme: Kernforschung, Weltraumforschung, elektronische Datenverarbeitung, Meeresforschung und Erforschung neuer Technologien.

Drei-Prozent-Traumgrenze

Bei aller Kritik an dem Zielsystem des Wissenschaftsministeriums soll jedoch nicht die Leistung

⁴⁾ Zur Problematik der Begriffsbestimmung und Einordnung einer Forschungspolitik in die Gesellschaftspolitik vgl. Gerhard J. Stöber: Forschungspolitik und Gesellschaftspolitik. In: Ziele und Wege rationaler Forschungspolitik, Schriftenreihe des Bundesministers für wissenschaftliche Forschung, Forschungspolitik, Heft 9, Bonn 1969, S. 1 ff.

Stoltenbergs und seiner Vorgänger abgestritten werden, die Öffentlichkeit „wissenschaftsbewußt“ gemacht zu haben. Sicherlich entspringen die Kompromißfreudigkeit und die vagen Zielformulierungen des Forschungsberichts III, wie die der anderen Berichte von 1965 und 1967, der Tatsache, daß das Wissenschaftsministerium zwischen den anderen Ressorts lavieren muß. Allein die Einführung der Datenverarbeitung in Wirtschaft und Verwaltung wurde in der Legislaturperiode 1965-1969 von fünf Bundesministerien und von einer nicht bekannten Anzahl von Landesministerien gefördert.

Auch die Erhebung über Wissenschaftsaufwendungen ist verdienstvoll. Danach hat die öffentliche Verwaltung ihre Wissenschaftsausgaben von 1965 bis 1968 von 6,1 auf 8,1 Mrd. DM, die Wirtschaft von 4,3 auf 5,8 Mrd. DM erhöht⁷⁾. Die eigentlichen Forschungsausgaben stiegen von 8,0 auf rd. 11 Mrd. DM. Der Anteil der Wissenschaftsausgaben insgesamt am Bruttosozialprodukt zu Marktpreisen stieg von 2,3% (1965) auf 2,6% (1968). 1970 soll die Traumgrenze von 3% erreicht werden. Dabei orientiert man sich an dem Anteil der Wissenschaftsförderung am Bruttosozialprodukt, der in den USA gegeben ist. Denn die USA mit ihrer Wachstumspolitik über die Wissenschaftsförderung geben das beste Beispiel dafür, wie ein hochentwickelter Industriestaat die Ausgaben für Forschung und Entwicklung steigern muß, um die Einführung des technischen Fortschritts als wichtigstes Wachstumsstimulans wirksam zu unterstützen.

Keine Hilfe von der Theorie

Der Wissenschaftsminister der neuen Bundesregierung steht damit vor der heiklen Aufgabe, der Wissenschaftspolitik in den politischen Gremien zu der Bedeutung zu verhelfen, die sie aus den angeführten Gründen haben muß. Dabei kann der Wissenschaftsminister aber nicht auf die Hilfe von Seiten der Wirtschaftswissenschaft bauen, da sie noch kein theoretisches Werkzeug für Zielkonstruktionen entwickelt hat. Die Wirtschaftswissenschaft ist immer noch nicht über die allgemeine Aussage, daß Wirtschaftswachstum unter anderem eine Funktion der Wissenschaftsinvestitionen ist, hinausgekommen.

Trotz des fehlenden theoretischen Unterbaues soll hier versucht werden, das Zielsystem einer Wissenschaftspolitik unter wirtschaftlichem Aspekt zu definieren. Sie muß unterentwickelte und/oder zukunftssträchtige Forschungs- und Entwicklungsgebiete finden und in der Weise fördern, daß kurz-

⁵⁾ Forschungsbericht III, S. 7.

⁶⁾ Ebenda, S. 7.

⁷⁾ Ebenda, S. 9 ff.

und langfristig die reale Wachstumsrate der Volkswirtschaft mindestens bei 4 % pro Jahr liegt⁸⁾). Da in einer ökonomisch nachprüfbarer Wachstumsfunktion die Größe „Boden“ eliminiert und die Größe „Erwerbstätige“ aus bekannten Gründen⁹⁾ zumindest bis 1980 gleich Null gesetzt werden können, müßten die beiden Restgrößen „Kapital“ und „Wissenschaftsausgaben“ annähernd genau bestimmt werden können. Damit hätte der Wissenschaftsminister zumindest die finanzielle Zielgröße für eine Globalsteuerung der Wissenschaftspolitik.

Konzertierte Aktion erforderlich

Bei dieser Zielbestimmung und den daraus abzuleitenden Wachstumsraten der Aufwendungen für die Wissenschaft darf es nicht bleiben. Es fragt sich, ob die Bestimmung der Schwerpunkte und Förderprogramme, wie sie im Forschungsbericht III vorgenommen wurde, tatsächlich ausreicht und den aktuellen Problemen in der Bundesrepublik entspricht.

Zunächst müssen vor allem die Bereiche mit technologischen Lücken gegenüber anderen Weltmarktkonkurrenten genau herausgefunden werden¹⁰⁾. Diese „Gap“-Forschung muß ergänzt werden durch eine umfassende Bestimmung der Bereiche, die in der Zukunft wichtig sein werden. Die Ansätze zur Förderung der Meeres- und Umweltforschung durch das Wissenschaftsministerium¹¹⁾ fallen darunter. Außerdem müßte der Vorschlag genau geprüft werden, eine „Forschungsstrategie der Nische“ aufzubauen¹²⁾.

Die Strategien, die anschließend aufgrund der vorgeschlagenen Zielformulierung und einer kritischen Ist-Analyse abzuleiten wären, sollten in einer konzertierten Aktion des Wissenschaftsministers erläutert und koordiniert werden. Auf diese Weise kämen endlich Vertreter der Wissenschaft und der Wirtschaft mit dem Wissenschaftsministerium zusammen. Eine endgültige Diskussion müßte anschließend im Rahmen einer über Detailfragen hinausgehenden Wissenschaftsdebatte des Bundestages stattfinden. Die Aufwendungen müßten bis 1970 auf etwa 18 Milliarden D-Mark

steigen, wenn die Drei-Prozent-Grenze erreicht werden soll. Dieser Schätzung liegt eine 15prozentige nominelle Steigerung des Bruttosozialproduktes in den Jahren 1969 und 1970 zugrunde. Nach dem Verhältnis von 1968 müßte die öffentliche Verwaltung insgesamt davon 10,5 Milliarden D-Mark aufbringen.

Eine konzertierte Aktion für die Wissenschaftspolitik nach dem Muster der Aktion des Stabilitäts- und Wachstumsgesetzes bietet sich auch deshalb an, um Vorurteile der Öffentlichkeit und falsche Autonomiebestrebungen der Wissenschaft gegenüber einer staatlichen Wissenschaftsförderung abzubauen. Allein die Mißdeutungen der zweckbezogenen Forschungsaufträge, die die Wirtschaft an Hochschulen vergibt¹³⁾, könnten damit abgebaut werden. So hart es auch für eine am Humboldt-Ideal geschulten Öffentlichkeit klingen mag, die Bundesrepublik kann sich keine von wirtschaftlichen Interessen freie Wissenschaftspolitik leisten. Gerade das Beispiel Großbritanniens zeigt, wie Erfolge in der Forschung volkswirtschaftlich verpuffen, wenn sie nicht planmäßig wirtschaftlich verwertet werden.

¹³⁾ So in: Mit dem Latein am Ende. SPIEGEL-Serie über Krise und Zukunft der deutschen Hochschulen (Forschungsfinanzierung). In: DER SPIEGEL, 23. Jahrg., 30. 9. 1969, Nr. 40.

⁸⁾ Nach: Der Bundesminister für Wirtschaft: Erläuterungen zur Projektion der allgemeinen Wirtschaftsentwicklung bis zum Jahre 1971; Anlage 1 zum Jahreswirtschaftsbericht 1968 der Bundesregierung; Deutscher Bundestag, 5. Wahlperiode, Drucksache V/2511 (25. 1. 68), S. 23.

⁹⁾ Nach: Der Bundesminister für Wirtschaft: Perspektiven des Wirtschaftswachstums in der Bundesrepublik Deutschland bis zum Jahre 1980. In: Die wirtschaftliche Lage in der Bundesrepublik Deutschland, 3. Viertelj. 1968, Bonn 1968, S. 6 ff.

¹⁰⁾ Bernd Lütjhe: Ohne Forschung kein Wachstum. In: WIRTSCHAFTSDIENST, 49. Jg. (1969), H. 5, S. 256 ff.

¹¹⁾ Gerhard Stoltenberg: Die Erforschung technologischer Entwicklungslinien. In: Pressedienst des Bundesministeriums für wissenschaftliche Forschung, Nr. 9/69 v. 30. 4. 1969.

¹²⁾ Vorschlag von Jürgen Rottgardt, Standard Elektrik Lorenz AG; zitiert in: Forschungslücke, Alte Affen. In: Das deutsche Industriemagazin, Nr. 6/1969, S. 31.

